

Sicherheitskonferenz

Ein Freund, der Zweifel zerstreut

US-Vizepräsident Mike Pence hat sich auf der Münchner Sicherheitskonferenz in einer Charmeoﬀensive klar und deutlich hinter die Nato gestellt - auch im Namen von Donald Trump.

Zita Affentranger
München

Mit Frau und Tochter ist er angereist, eben so, wie man das tut, wenn man Freunde besucht. Und dass es genau darum geht bei seinem Besuch in München, daran lässt US-Vizepräsident Mike Pence keinen Zweifel. «Wenn die USA und Europa gut zusammenarbeiten, dann ist das gut für die ganze Welt», sagt er. Amerika sei der beste Alliierte und werde das auch bleiben. Und dies nicht nur im Sinne eines Militärbündnisses, sondern auch aufgrund der Werte, die man gemeinsam hochhalte: «Freiheit, Demokratie, Gerechtigkeit und Rechtsstaatlichkeit.»

Professionell wirkt der Vize, zuverlässig, frisch - kein Wunder dass seine Umfragewerte inzwischen besser sind als die seines Chefs, des gewählten Präsidenten, der auch die Europäer mit seiner Unberechenbarkeit von einem Schrecken zum nächsten hetzt. Pence erinnert an den gemeinsamen Kampf in den Weltkriegen, «wir haben euch die Besten und die Tapfersten geschickt». Dann erzählt er eine persönliche Geschichte: 1977 sei er erstmals durch Europa gereist und dabei auch nach Berlin gekommen. Er wisse noch genau, wie er damals am Checkpoint Charlie gestanden habe und «die Farben der freien Welt» erloschen seien. So habe sich ihm die Wahl zwischen Freiheit und Tyrannei dargestellt. Und diese Tyrannei, den Kommunismus, habe man ebenfalls gemeinsam besiegt.

Streng, ernst und laut

Doch mit dem Untergang der Sowjetunion seien neue Probleme entstanden. Nach den Anschlägen vom 11. September 2001 seien es die Europäer gewesen, die den USA beigestanden hätten. Wenige Tage nach den Attentaten habe er wieder Berlin besucht - und diesmal habe sich ein anderes Bild in sein Gedächtnis eingegraben: eine Mauer aus Blumen, welche die Deutschen vor der US-Botschaft niedergelegt hätten. Die Amerikaner würden die Solidarität und die Opfer der Europäer nie vergessen.

Wie es sich für einen Besuch unter Freunden gehört, überbrachte Pence



Gemeinsame Werte hochhalten: US-Vizepräsident Mike Pence in München. Foto: Michael Dalder (Reuters)

auch Grüße des Daheimgebliebenen: die von Donald Trump, der schon so oft so ganz anders gesprochen hatte über diese «Freunde» in Europa. Charmant verpackt blitzte etwas von dieser Kritik auf, als Pence die Europäer warnte, Frieden und Prosperität müssten immer wieder neu erkämpft werden. Dazu müsse man stark sein. Und Stärke, daran lässt er keinen Zweifel, kostet Geld. «Ein starkes Militär garantiert uns, dass wir stark bleiben.» Und dafür müssten die Nato-Länder die Verteidigungsausgaben erhöhen, was sie in München versprochen hätten. Donald Trump erwarte, dass die Europäer ihr Versprechen nun einlösten. «Die Zeit ist gekommen», sagt er plötz-

lich streng, ernst und laut. Schliesslich sei die Welt heute so gefährlich wie nie seit dem Untergang des Kommunismus.

«Maximale Unsicherheit», das war einer der Begriffe, die auf der Sicherheitskonferenz immer wieder zur Sprache kamen, meist etwas ratlos und manchmal sogar ängstlich. Dazu hatten die Amerikaner selber kräftig beigetragen mit dem Gerede darüber, die Nato sei obsolet, Amerika werde sich künftig nur noch um sich selber kümmern. Wenn Trump «America first» sage, dann meine er bestimmt nicht «Amerika allein», sagt Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg ohne besondere Überzeugung in der Stimme. Und da ist ja auch noch das

Thema Russland, zu dem Pence nur ein paar unverbindliche Worte findet, das den Europäern aber auf der Seele brennt.

Mit der russischen Intervention in der Ukraine habe die Nato «auf sehr traurige Weise an Wichtigkeit gewonnen», sagt Gastgeberin Angela Merkel. Der Westen könne die Verletzung der territorialen Integrität der Ukraine und den Bruch des Völkerrechts nicht hinnehmen. «Russlands Vorgehen hat die Grundlagen unseres Zusammenlebens in Europa verletzt.» Der russische Außenminister Sergei Lawrow warb für eine «postwestliche Weltordnung» und nannte die Nato «eine Institution des Kalten Kriegs, im Denken und im Herzen.»



Angela Merkel.

Sergei Lawrow.

Merkel unterstützt ihre Verteidigungsministerin, die mehr Ausgaben für die Rüstung verlangt. «Lassen Sie uns gemeinsam die Welt besser machen, dann wird es auch für jeden Einzelnen besser.» Die Kanzlerin erntet langen, ja tosenden Applaus - auch von den Amerikanern.

Die Osteuropäer sind befremdet

Trotz dem grundsätzlichen Bekenntnis zum Ziel, zwei Prozent des Bruttoinlandprodukts für die Sicherheit auszugeben, macht die Diskussion auf der Konferenz schnell klar, wie unterschiedlich da gerechnet wird. Man bezahle viel Geld für Entwicklungshilfe, für Krisenprävention, für Flüchtlinge, das sei schliesslich auch ein Beitrag zur Sicherheit, wird von Europäern argumentiert. Oder: Eines der Länder, das genug zahle für die Nato, sei Griechenland, ausgerechnet, dafür habe man kein Geld, die Renten zu bezahlen. Das diene auch nicht gerade der Sicherheit. Merkel warnt, sich jetzt nicht im Hickhack darum zu verlieren, wer wo wie viel bezahle. Die Osteuropäer, allen voran die Balten, folgen der Diskussion befremdet: Hier gehe es um ihre Sicherheit. Was schere sie da eine Hilfsaktion in Afrika, fragt einer.

Von diesen europäischen Untiefen und Zweifeln bleibt Pence völlig unberührt. Seine Welt ist offensichtlich gänzlich in Ordnung. «Unter Trump werden die USA stark sein, so stark wie nie zuvor», sagt er und sprüht nur so vor Selbstbewusstsein. Die These der Konferenz, dass die Zeit des Westens vorbei sei, nimmt der immer lächelnde Pence gar nicht zur Kenntnis. «Die beste Zeit für Amerika, Europa und die freie Welt kommt erst noch!»

«Der Streit mit dem Westen kann Jahre dauern - oder Jahrzehnte»

Der russische Historiker Alexei Gromyko sagt, trotz Sanktionen des Westens habe sich die Annexion der Krim für Moskau gelohnt.

Mit Alexei Gromyko sprach
Zita Affentranger in München

Krim, Ukraine, Einmischung in Wahlen, Hacking - Russland war auf der Sicherheitskonferenz in München so was wie der Angeklagte. Zu Recht?

Das ganze Gerede über Russlands Einmischung in Wahlen ist Fake-News. (Die Vorwürfe sind zum Teil so absurd, dass man sich nur schwer vorstellen kann, wie die Leute das glauben können.) Es ist normal, dass man mit gewissen Parteien und Leuten in anderen Ländern zusammenarbeitet. Das machen alle so, das ist nicht illegal. Der russische Faktor wird massiv überschätzt etwa in Zusammenhang mit den Wahlen in den USA.

Die Geheimdienste erheben die Hackervorwürfe, das sind nicht einfach Gerüchte.

Wenn es Beweise gegen Russland gibt, dann sollen sie offengelegt werden. Das ist bisher nicht geschehen. Weil niemand von uns Zugang zu den geheimen Informationen hat, ist es unmöglich, die

Vorwürfe zu belegen oder zu widerlegen. Bis harte Fakten vorliegen, sind die Anschuldigungen an die Adresse Russlands nichts als Propaganda. Ich bin überzeugt, dass sie nicht stimmen.

Der andere Streitpunkt ist die Ukraine. Die deutsche Kanzlerin hat gesagt, Europa werde die Annexion der Krim niemals akzeptieren. Was entgegnen Sie ihr?

Über die Krim gibt es für Russland nichts zu verhandeln. Die Halbinsel ist Teil Russlands, das steht jetzt in der Verfassung. Die überwältigende Mehrheit der Menschen dort will das. Russland hat auf der Krim eine der modernsten Militäreinrichtungen. Würde die Halbinsel zurück an die Ukraine gehen, müsste Moskau seine Schwarzmeerflotte abziehen. Russland würde den Zugang zum Schwarzen Meer - und damit auch zum Mittelmeer - verlieren. Wenn die Krim nicht mit Russland wiedervereint worden wäre, hätte Moskau die Militäraktion in Syrien nicht durchführen können.

Doch die Meinung der Europäer dazu ist einhellig: Russland bricht in der Ukraine internationales Recht.

Und viele Russen sagen: Ihr habt das internationale Recht mehr als einmal gebrochen, wenn es euren Interessen gegnend hat. In Jugoslawien, im Irak, in Kosovo, in Libyen. Warum soll sich dann Russland an internationales Recht hal-

ten, wenn es um seine nationalen Interessen geht? Auf der Krim geht es nicht um Ideologie, nicht um Politik, sondern um strategische und militärische Überlegungen.

Isolation, Sanktionen, Streit mit dem Westen - war es wirklich klug, die Krim zu annektieren?

Die Sowjetunion lebte jahrzehntelang unter Sanktionen. Das Problem mit den Sanktionen ist übrigens nicht die Krim. Diese Massnahmen waren eher symbolischer Art. Der Konflikt in der Ostukraine, das ist das wirkliche Problem.

Und wie kann man es lösen?

Wenn einzelne westliche Politiker die Ukraine in einem geopolitischen Spiel benutzen, um die Nato und Russland gegeneinander auszuspielen, dann wird nie etwas aus dem Minsker Friedensabkommen. Kiew hat kein Interesse daran, den Krieg zu beenden, denn dann gäbe es keinen Grund mehr, dem Land mit Geld und politischer Unterstützung zu helfen. Doch es kann keine militärische Lösung geben in der Ostukraine. Das würde zu einer humanitären Katastrophe führen.

Sie stammen aus einer Diplomatenfamilie. Sagen Sie uns, wie Russland und der Westen wieder zusammenkommen könnten?

Russland und der Westen haben schon viele Hochs und Tiefs miteinander er-

lebt. Früher oder später kam man immer zu einer Art Lösung. Auch diese Phase der Konfrontation wird einmal enden. Sie ist weit weniger gefährlich als der Kalte Krieg. Wenn es keinen politischen Willen gibt für eine Lösung, kann der Streit zwischen Russland und dem Westen noch Jahre dauern, ja Jahrzehnte. Beide Seiten haben sich mit den Sanktionen arrangiert. Schlau ist das nicht.

Hoffen Sie auf Donald Trump?

Er hat verstanden, dass Russland ein wichtiges Land ist. Er ist ein Businessman. Für ihn ist es wichtiger, viele Gesprächspartner zu haben, statt mit ihnen zu streiten. In dieser Logik ist es besser, mit Russland ein Auskommen zu suchen, statt sich als Rivalen gegenüberzustellen. Wenn die politische Elite in Washington ihm eine Chance gibt, ist alles möglich. Wir warten nun darauf, dass das US-Aussenministerium die Arbeit aufnimmt und ein Treffen zwischen Trump und Putin organisiert werden kann.



Alexei Gromyko

Der Historiker ist Direktor am Europa-Institut der Russischen Akademie der Wissenschaften in Moskau. Er ist der Enkel des sowjetischen Aussenministers Andrei Gromyko.

Bodenoffensive gegen IS in Mosul

Die irakischen Streitkräfte haben eine Offensive gestartet, um die Terrormiliz Islamischer Staat (IS) aus ihrer letzten Bastion im Westteil von Mosul zu vertreiben. «Unsere Truppen beginnen mit der Befreiung der Bürger vom Terror des IS», sagte Ministerpräsident Haider al-Abadi am Sonntag in einer Fernsehansprache. Die Armee und ihre Verbündeten hatten die Jihadisten Ende Januar bereits aus Ostmosul vertrieben. Nun beginnt eine neue Phase der Offensive, sagte Abadi. Mosul ist die letzte irakische Stadt, die zumindest noch teilweise unter der Kontrolle der islamistischen IS-Miliz steht.

Die Terrortruppe hatte 2014 weite Teile des Irak erobert. Im Juni 2014, kurz nach der Eroberung von Mosul, hatte IS-Anführer Abu Bakr al-Baghdadi dort in einem seiner seltenen öffentlichen Auftritte das «Kalifat» des IS in Teilen des Irak und Syriens ausgerufen. Die neue Offensive verstärkt die Sorgen um die Zivilbevölkerung in Westmosul. Die Kinderschutzorganisation Save the Children warnte, es sässen etwa 350 000 Kinder im Westteil der Stadt fest. Für die meisten Familien sei eine Flucht zu gefährlich, sagte der Irakdirektor von Save the Children, Maurizio Crivallero. Es gebe Scharfschützen und Landminen, und falls die Flüchtenden entdeckt würden, drohe ihnen die Hinrichtung durch IS-Kämpfer. (SDA)